

## Werden Sie aktiv

- Schicken Sie dem französischen Präsidenten Sarkozy als Gastgeber des nächsten Gipfeltreffens der G20 eine Postkarte und sagen Sie ihm, dass es für Staatspleiten klare Regeln geben muss! Die Karte liefert Ihnen das Büro der Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) gerne in gewünschter Anzahl. Rufen Sie uns an oder senden Sie uns eine E-Mail. Sie haben auf der AFP-Website auch die Möglichkeit, Karten online zu bestellen.
- Schreiben Sie Briefe an den Bundesrat. Auf der AFP-Website finden Sie unsere Musterbriefe.
- Auf der internationalen Kampagnenwebsite [www.defusethedebtcrisis.org](http://www.defusethedebtcrisis.org) können Sie sich als Unterstützer/-in eintragen und eine Online-Karte an Präsident Sarkozy schreiben.
- Auf der internationalen Kampagnenwebsite und der AFP-Website (Rubrik News) finden Sie auch Veranstaltungshinweise.

### Für mehr Informationen:

**Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP)**

**Drahtzugstrasse 28**

**CH-4057 Basel**

**Tel. 0041 (0)61 693 17 00**

**E-Mail: [afp@aktionfinanzplatz.ch](mailto:afp@aktionfinanzplatz.ch)**

**[www.aktionfinanzplatz.ch](http://www.aktionfinanzplatz.ch)**

## Kampagnen-Statement

1. Weltweit sind Staaten mit einer hohen Verschuldung konfrontiert, die häufig durch leichtfertige und unverantwortliche Kreditvergabe verursacht wurde. Nicht tragbare und illegitime Schulden behindern die Entwicklung und Verringerung der Armut in den Entwicklungsländern. Die Finanzkrise hat die Probleme staatlicher Verschuldung verschärft. Eine nachhaltige Lösung des Schuldenproblems ist dringend nötig.
2. Es fehlt ein fairer Mechanismus im Umgang mit staatlichen Schuldenkrisen. Ein faires und unabhängiges Schulden-Schiedsgericht, das sowohl die Tragbarkeit als auch die Rechtmässigkeit der Schulden beurteilt, ist nötig und einfach zu schaffen.
3. Jetzt liegt die Macht einseitig nur in den Händen der Geldgeber. Ihnen obliegt die Analyse der Schulden-situation und sie entscheiden nach ihren Kriterien über Schuldenerleichterungen. Die Schuldnerländer werden nicht gefragt.
4. Wenn ein Gericht Geber und Nehmer für ihr unverantwortliches und undemokratisches Tun zur Rechenschaft zieht, fördert dies eine verantwortlichere Kreditvergabe. Ehrliche Geber werden auch von einem solchen Verfahren profitieren.
5. Ein Schulden-Schiedsgericht trägt auch dazu bei, die UNO-Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen.
6. Zivilgesellschaftliche Bewegungen können die globale Finanzwelt beeinflussen.
7. Wir müssen die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer anvisieren. Wir fordern am G20-Gipfel im November 2011 eine Lösung für ein faires und unabhängiges Schulden-Schiedsgericht. Zusammen können wir es schaffen.

Für den ganzen Text des Statement siehe [www.defusethedebtcrisis.org](http://www.defusethedebtcrisis.org)



**Eine internationale Kampagne  
der Zivilgesellschaft**

**SCHULDEN-  
GERECHTIGKEIT  
JETZT!**

**[www.defusethedebtcrisis.org](http://www.defusethedebtcrisis.org)  
[www.aktionfinanzplatz.ch](http://www.aktionfinanzplatz.ch)**



## Ziel der Kampagne

Frankreich präsidiert die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer bis zum nächsten Gipfel in Cannes am 3./4. November 2011. Die G20 hat keine internationale Legitimation, doch hat ihre Bedeutung mit der globalen Finanzkrise erheblich zugenommen und sie kann dazu beitragen, unsere Forderung nach einem fairen Schuldenlösungsmechanismus auf die politische Agenda zu bringen.

Die **Schweiz** ist nicht Mitglied der G20, doch wurde sie von Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy eingeladen, an den Vorbereitungsarbeiten zum Gipfel in Cannes mitzuwirken. Zudem kann die Schweiz als Exekutivmitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Global Governance Group 3G, einem informellen Zusammenschluss kleinerer Staaten, die sich für einen intensiveren Dialog mit der G20 einsetzen, ihren Anliegen auf internationaler Ebene ebenfalls Gehör verschaffen.

### Eine Koalition von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Individuen weltweit ruft die G20 und Präsident Nicolas Sarkozy auf:

- anzuerkennen, dass die derzeitigen Bemühungen zur Schuldenlösung auf Dauer keinen Erfolg haben werden und
- Regeln für mehr Schuldengerechtigkeit einzuführen
- durch die Schaffung eines fairen und unabhängigen Schulden-Schiedsgerichts für die Beilegung von Schulden-Streitigkeiten bei Rückzahlungsproblemen und umstrittenen Schulden-Forderungen



## Wir brauchen eine Strukturreform

Wenn eine Person oder ein Unternehmen Konkurs geht, entscheidet ein Gericht auf der Grundlage des bestehenden Insolvenzrechts, ob und welche Schulden unter welchen Bedingungen erlassen werden. Für Staaten existiert kein solches Insolvenzrecht. Die Gläubiger entscheiden alleine über eine mögliche Umschuldung, basierend auf den Gutachten des IWF. Dabei ist der IWF nicht nur selbst Gläubiger, sondern auch noch Gutachter und Vollstrecker.

Die betroffene Bevölkerung eines überschuldeten Landes hat keine Möglichkeit, ihre grundlegenden Rechte wie das Recht auf Nahrung, Bildung, Gesundheitsversorgung oder eine minimale Infrastruktur geltend zu machen. Überdies gibt es keinen Mechanismus für die Beurteilung der Legitimität von Forderungen. Viele Länder im Süden mussten enorme Summen an illegitimen Schulden zurückzahlen, die von auf unverantwortliche Weise vergebenen Krediten nördlicher Geldgeber stammten.

Kapitel 9 des US-Insolvenzrechts bezieht sich auf Gemeinden und zeigt, dass Prinzipien des Insolvenzverfahrens auf Körperschaften mit eigener Regierungshoheit angewandt werden können. Davon ausgehend schlagen wir die Schaffung eines neuen Schulden-Schiedsgerichts vor. Dieses Gericht wäre **neutral** (nicht von Gläubigern kontrolliert), **umfassend** (alle Schulden einbeziehend), **zugänglich** für alle Schuldnerländer und deren Einwohner/-innen sowie **rechtlich durchsetzbar**.

Wir setzen uns für ein permanentes Gericht ein, um eine grössere Kohärenz und Berechenbarkeit zu gewährleisten. Jedoch wären in einem ersten Schritt auch ad-hoc Schiedsgerichte denkbar, die später zu einer formelleren Institution führen könnten.



## Warum jetzt?

Die 2007 ausgebrochene globale Finanz- und Wirtschaftskrise wurde durch gierige Banken und die Spekulation im Norden verursacht und sie traf viele Länder im Süden hart. Mitte 2009 wiesen 13 von 26 Niedrigeinkommensländern, die vor der Finanzkrise weitgehend entschuldet waren, wieder ein hohes Überschuldungsrisiko auf.

Die Krise schlug auch im Norden hart zu. Viele Länder verzeichneten einen plötzlichen Schuldenanstieg. Die EU verständigte sich auf ein gigantisches Rettungspaket für zahlungsunfähige Mitgliedstaaten zulasten der Steuerzahlenden. Im Gegensatz dazu wurden die privaten Banken und Investoren bislang nicht zur Verantwortung gezogen.

Die Aufnahme neuer Kredite zur Rückzahlung alter Schulden löst jedoch das Schuldenproblem nicht nachhaltig. Zudem hat bislang niemand einen Vorschlag für eine nachhaltige Lösung in den Ländern des Südens gemacht.

Entschuldungsinitiativen wie die «Heavily Indebted Poor Countries Initiative» (HIPC) und die «Multilateral Debt Relief Initiative» (MDRI) haben in der Vergangenheit dazu beigetragen, die Schuldenlast zu reduzieren. Sie haben aber das Schuldenproblem der armen Länder nicht gelöst.

Keine dieser Entschuldungsinitiativen berücksichtigt die Mitverantwortung der Gläubiger für nicht tragbare und illegitime Schulden. Zudem hat sich die Annahme als falsch erwiesen, dass Überschuldung ein nur im Ausnahmefall auftretendes zeitlich begrenztes Problem ist, das durch eine einmalige Operation für immer gelöst werden kann.